

Ebenso, wie es gute Gründe gibt, am Leitideal der Demokratie festzuhalten, gibt es gute Gründe, am Leitideal einer mündigen Bürgerschaft festzuhalten.

Diese Gründe lassen sich gleichsam prototypisch am Beispiel einer der großen politischen Kontroversen des vergangenen Jahrhunderts aufzeigen, nämlich der zwischen Walter Lippmann und John Dewey, zwei der bedeutendsten politischen Intellektuellen der USA. Auf der einen Seite stand der damals einflussreichste Journalist der USA, auf der anderen der damals einflussreichste Philosoph der USA. Auch für heutige Debatten zur Berechtigung und Tauglichkeit von Demokratie bleiben ihre Positionen und Argumente im Kern aktuell.

## Hat sich das Leitideal des »mündigen Bürgers« überlebt? *Die Lippmann-Dewey-Kontroverse*

Der Journalist Walter Lippmann<sup>10</sup> stieß in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts eine Reihe von Debatten an, die auch heute noch von Interesse sind.

Lippmann suchte eine Form der »Demokratie«, die den Komplexitäten einer hochindustrialisierten modernen Gesellschaft gerecht wird.<sup>11</sup> Die Lösung sah er in der Form einer »Elitendemokratie«, bei der die Bürger periodisch politische Repräsentanten aus einem vorgegebenen Eliten-spektrum wählen können.<sup>12</sup> Eine Elitenherrschaft, die sich periodisch durch Wahlen legitimieren lässt, hat auch für die Machtausübenden den Vorteil, dass sie gewalttätige Konflikte zwischen Elitengruppierungen zu vermeiden hilft.

Lippmann beschäftigte sich zudem intensiv mit der Rolle der Massenmedien in einer solchen Elitendemokratie und wies Think-Tanks<sup>13</sup> darin eine besondere Rolle zu. In seinen späteren Arbeiten war Lippmann zudem einer der Vordenker von Strömungen, die sich später zum Neoliberalismus verdichten sollten. In seinen glänzend und geistreich geschriebenen Büchern *Public Opinion* von 1922<sup>14</sup> und *The Phantom Public* von 1925 formulierte er eine vernichtende Kritik der Leitidee des mündigen Bürgers und entwarf die Konturen der Organisation einer Elitendemokratie.<sup>15</sup>

Dies veranlasst und tiefgehenden manns. Dewey ka der Tradition der glühender Verfech *Public and its Prob* und Prämissen ur zu bestimmen, u demokratische G

Obwohl Dewey von Individuen ir musste eine Ver bleiben. Denn be Ziele: Lippmann effizient organisie wirksam einhegei Fokus der Aufklä

Im Zentrum v nüchterne Kritik das in dieser Kri als ein abwegige formulierte er u wissenschaftlich auch Psychologic

Lippmann war de Interessen hätten zeichnet seien u Durch Stereotype unmittelbar, son durch ihre Gefül Folglich sprächer der Höhle in Plat nur auf eine Sche doumwelt«. So w bei politischen P essierten sich nur und seien darübe

Beispiel einer der  
rhunderts aufzei-  
Dewey, zwei der  
f der einen Seite  
f der anderen der  
tige Debatten zur  
1 ihre Positionen

t?  
nerse

älfte des vergan-  
auch heute noch

en Komplexitäten  
recht wird.<sup>14</sup> Die  
ei der die Bürger  
gegebenen Eliten-  
e sich periodisch  
tausübenden den  
gruppierungen zu

er Rolle der Mas-  
es Think-Tanks<sup>13</sup>  
arbeiten war Lipp-  
e sich später zum  
id und geistreich  
nd *The Phantom*  
der Leitidee des  
rganisation einer

manns. Dewey kam aus einer gänzlich anderen Gedankenwelt. Er stand in der Tradition der Aufklärung, war Sozialreformer, Pädagoge und vor allem glühender Verfechter demokratischer Lebensformen. In seinem Buch *The Public and its Problems* von 1927 sezierte er scharfsinnig Lippmanns Thesen und Prämissen und suchte insbesondere die spezifischen Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen mündige Bürger – und damit eine ernsthaft demokratische Gesellschaftsordnung – möglich sind.

Obwohl Dewey viele Aspekte von Lippmanns psychologischer Analyse von Individuen im Umgang mit gesellschaftlich-politischen Fragen teilte, musste eine Verständigung zwischen den beiden letztlich aussichtslos bleiben. Denn beide verfolgten diametral entgegengesetzte politische Ziele: Lippmann fragte, wie sich Macht in einer modernen Gesellschaft effizient organisieren lässt. Dewey hingegen fragte, wie sich politische Macht wirksam einhegen lässt, stellte sich also genau die Art von Fragen, die im Fokus der Aufklärung standen.

Im Zentrum von Lippmanns Betrachtungen stand eine schonungslos nüchterne Kritik an der Idee der mündigen Bürger. Sein Menschenbild, das in dieser Kritik seinen Ausdruck fand, führte ihn dazu, Demokratie als ein abwegiges und irregeleitetes Ideal zu betrachten.<sup>16</sup> Seine Kritik formulierte er unter Verwendung der theoretischen Begrifflichkeit der wissenschaftlichen Psychologie seiner Zeit – Lippmann hatte in Harvard auch Psychologie bei William James studiert.

Lippmann war der Auffassung, dass Bürger weder politisches Wissen noch Interessen hätten, dass sie durch Ignoranz, Apathie und Vorurteile gekennzeichnet seien und es ihnen an Denk- und Handlungsfähigkeit mangle. Durch Stereotype geleitet, kannten sie die politische Welt nicht direkt und unmittelbar, sondern nur als »Bild in ihren Köpfen«, also als etwas, das durch ihre Gefühle, Vorurteile, Gewohnheiten und Werte gefiltert ist.<sup>17</sup> Folglich sprächen sie emotional und intellektuell – gleich den Bewohnern der Höhle in Platons Höhlengleichnis – in ihren politischen Meinungen nur auf eine Scheinwelt in ihren Köpfen an; Lippmanns sprach von »Pseudowelt«. So würden sie alles personalisieren, was sie betrachten, seien bei politischen Problemen schwer wachzurütteln, leicht abzulenken, interessiert sich nur für Ereignisse, die sich als Konflikte dramatisieren ließen, und seien darüber hinaus auch noch unfähig, öffentliche Missstände zu

antizipieren und Lehren aus vergangenen Krisen zu ziehen. Insgesamt seien sie in der komplexen modernen Gesellschaft unfähig, politische Probleme in angemessener Weise zu erfassen und intellektuell zu meistern. Die breite Öffentlichkeit bestehe aus »unwissenden und lästigen Außenstehenden«, deren Rolle in einer Demokratie die der »Zuschauer« sein müsse, nicht aber die von »Mitwirkenden«. Bürger dürften lediglich periodisch ihre Stimme einem der »verantwortlichen Männer« verleihen und sollten sich ansonsten wieder auf ihre kleine überschaubare Privatwelt beschränken. »Die Öffentlichkeit«, so Lippmann, »muss an ihren Platz verwiesen werden, damit wir durch das Getrampel und Geschrei der verwirrten Herde nicht beeinträchtigt werden.«<sup>18</sup>

Wenige Jahre vor seinem geringschätzigen Resümee über die politischen Kompetenzen der Bürger in *Public Opinion* hatte Lippmann die offenkundigen Probleme der Demokratie noch überwiegend den Medien zur Last gelegt. In seinem 1920 erschienenen Buch *Liberty and the News* beklagte er, dass die gegenwärtige Krise der Demokratie eine Krise des Journalismus sei, und fragte, wie die Demokratie überleben könne, wenn die systematische Herstellung von Zustimmung ein unreguliertes Gewerbe sei (»the manufacture of consent is an unregulated private enterprise«). Auch besorgte ihn, dass die repräsentative Demokratie zunehmend zu einem »government by newspaper« geworden sei.<sup>19</sup> Später sah er das Problem vor allem auf psychologischer Ebene in der grundlegenden politischen Inkompetenz der Bürger, an der weder Medien noch Schulen etwas ändern könnten. Denn Medien seien aus grundsätzlichen Gründen nicht in der Lage, ein objektives und unverzerrtes Bild der gesellschaftlichen Realität zu vermitteln und vermöchten daher nicht, die politische Inkompetenz der Bürger auszugleichen.<sup>20</sup>

Das tatsächliche Problem liegt Lippmann zufolge also tiefer als nur in Problemen der Medien.

Die Probleme der Demokratie lägen vielmehr in der Unfähigkeit der Bürger, ihr Halbwissen und ihre Vorurteile zu überwinden. Dies könne nur durch »verantwortliche Experten« und »Insider« geleistet werden, die mit allen relevanten Aspekten eines Problems vertraut und in »intelligence bureaus« organisiert seien. Dadurch seien sie in der Lage, ein zuverlässiges Bild der gesellschaftlichen Realität als Handlungsbasis bereitzustellen. Nur auf diese Weise ließe sich ein Gegengewicht schaffen gegen »die augenfälligeren Schwächen der Demokratie, gegen starke

Voreingenommenheit gegen das langweilige und dreibeinige

Für Lippmann ist das Problem darin, dass die kleinen Privaten nicht verzichten können

Auch wenn Lippmann nicht verzichten konnte, die Elitenoligarchie durch seine Vorstellungen der Demokratie nur funktional

Dewey hingegen sah die Demokratie und in der illegitimer politischen und zerstörerischer Lippmanns Diagnose die Inkompetenz der Demokratie. Doch sah er weder die Ursachen zugrunde seinen psychologischen glaubte er, gute Gründe für die Diagnose zu geben und Konsequenzen

Bereits in Lippmanns Diagnose der Inkompetenz einzelner Bürger. Für die nicht einem isolierten Bürgeratives, das sich aufhalten und wohlfindet. Dewey stellte fest: Geheimhaltung, Propaganda und schließlich die politische Irreführung hatte er beklagt: eigenständigen

und dreibeinigen Kälbern.«<sup>21</sup>

Für Lippmann stellte Demokratie in erster Linie ein Verwaltungsproblem dar, das so effizient wie möglich durch Experten gelöst werden müsse, so dass sich die Bevölkerung weiterhin den individuellen Zielen ihrer kleinen Privatwelt widmen könne.

Auch wenn Lippmann auf die Verwendung des Wortes »Demokratie« nicht verzichten wollte – seine Vorstellungen würde der Begriff einer Wahl-elitenoligarchie beschreiben –, lassen seine letztlich antidemokratischen Vorstellungen erkennen, dass er zu der Auffassung gelangt war, dass Demokratie nur funktionieren könne, wenn sie keine ist.<sup>22</sup>

Dewey hingegen sah gerade in der Verwirklichung einer echten Demokratie und in der mit ihr verbundenen Zielsetzung einer Einhegung von illegitimer politischer Macht das einzige Mittel, das uns gegen die blutigen und zerstörerischen Erfahrungen unserer Geschichte schützen kann. Mit Lippmanns Diagnose über die Krise der Demokratie und die politische Inkompetenz der Bürger stimmte Deweys Auffassung weitgehend überein. Doch sah er weder das pessimistische Menschenbild, das Lippmanns Diagnosen zugrunde lag, noch Lippmanns politische Schlussfolgerungen aus seinen psychologischen Bestandsaufnahmen als begründbar an. Vielmehr glaubte er, gute Gründe anführen zu können, die ihn trotz einer ähnlichen Diagnose zu gegenteiligen gesellschaftspolitischen Schlussfolgerungen und Konsequenzen führten.<sup>23</sup>

Bereits in Lippmanns Prämisse einer Fokussierung auf die politische Kompetenz einzelner Bürger lag für Dewey ein gravierender konzeptueller Fehler. Für Dewey kommt das Attribut »politische Kompetenz« nicht einem einzelnen von der Beschaffenheit seines Gemeinwesen isolierten Bürger zu, sondern ist vielmehr ein Attribut eines Kollektives, das sich aus den Möglichkeiten einer freien, gleichberechtigten und wohlinformierten Diskussion einer Gemeinschaft ergibt.<sup>24</sup> Dewey stellte fest: »Solange bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit Geheimhaltung, Parteilichkeit, Vorurteile, Falschdarstellungen, Propaganda und schiere Ignoranz überwiegen, gibt es keine Möglichkeit, die politische Intelligenz der Massen zu beurteilen.«<sup>25</sup> Schon zuvor hatte er beklagt: »Die Formung der öffentlichen Meinung ist zu einem eigenständigen Wirtschaftszweig geworden.«

Solange also der Bevölkerung nicht alle politisch relevanten Informationen in unverzerrter Weise verfügbar sind, solange der öffentliche Debattenraum nicht allen in gleichberechtigter Weise offen steht und solange dieser durch einzelne Machtgruppierungen dominiert und systematisch eingeschränkt wird, gibt es keine Möglichkeit, ein Urteil über die politische Kompetenz der Bürger abzugeben. Folglich sei es unsinnig, sich über Probleme der Demokratie zu beklagen, ohne zugleich die Ursachen und Gründe zu analysieren und zu benennen, die hierfür verantwortlich sind.

Die entscheidende Grundlage der Demokratie sei, dass der öffentliche Debattenraum intakt ist und nicht durch mächtige politische und ökonomische Interessengruppen verzerrt oder eingeschränkt wird.<sup>26</sup> Da der öffentliche Debattenraum erst durch die Medien konstituiert wird, lasse sich die Rolle der Medien nicht ohne eine Berücksichtigung der ökonomischen und politischen Interessen, in die sie eingebettet sind, verstehen. Man müsse also, so Dewey in seinem Aufsatz »Our un-free press« von 1935, die »notwendige Wirkung des vorliegenden Wirtschaftssystems auf das gesamte System der Öffentlichkeit« untersuchen und fragen, »wie weit echte geistige Freiheit und soziale Verantwortung in irgendeinem größerem Umfang unter den Bedingungen der bestehenden Wirtschaftsordnung überhaupt möglich sind.«<sup>27</sup>

Für Dewey lag die angemessene Folgerung aus den von Lippmann festgestellten Defiziten in der politischen Kompetenz der Bürger darin, die demokratische Leitidee wirklich ernst zu nehmen und mehr Demokratie zu wagen.<sup>28</sup> Demokratie könne nur funktionieren, wenn alle Bereiche der Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft, demokratisch organisiert sind<sup>29</sup> und wenn Politik nicht lediglich »der Schatten ist, den die Großindustrie auf die Gesellschaft wirft.«<sup>30</sup>

Damit ergibt sich aus der Frage nach der Mündigkeit der Bürger und der Bürgerschaft direkt die Frage, in welchem Umfang Medien demokratisch organisiert sind und ob sie die Bürger in freier, umfassender und unverzerrter Weise informieren.

Lippmann hielt den Bürger in politischen Dingen für unfähig und – außer, es geht um seinen eigenen Vorteil – letztlich desinteressiert. Zugleich war er überzeugt, dass Experten einen sehr viel höheren Grad an »Rationalität« aufweisen, der sie dazu befähigt, sich für das Allgemeinwohl einzusetzen. Lippmann war der Auffassung, dass Medien grundsätzlich

nicht in der Lage, die Wirklichkeit zu belegen für politische Entscheidungen bereitgestellt werden.

Dewey hingegen unterscheidet sich hinsichtlich ihrer politischen Auffassung, das Allgerade von Lippmanns Idee einer neutral dem Gemeinwohl organisierten und angemessenen und naiven Fiktion.<sup>32</sup>

Damit sind die sich um Fragen, die angesehen wurden, Bürger und ihrer behandelte diese näherte sich ihnen. Lippmann führte aus, dass sich die politischen Entscheidungen Experten und »Ihre Auffassung, dass lösen ließen, wer und Medien, dem

## Zur »Rationalität« politisch

Die Kontroverse zwischen den beiden Ansichten von grundsätzlichen Haltungen – weisen lassen: nicht Entscheidungen von »Rationalität«

offen steht und dominiert und hkeit, ein Urteil . Folglich sei es n, ohne zugleich men, die hierfür

der öffentliche itische und öko- kt wird.<sup>26</sup> Da der uiert wird, lasse ng der ökonomi- sind, verstehen. -free press« von haftssystems auf und fragen, »wie : in irgendeinem den Wirtschafts-

n Lippmann fest- Bürger darin, die iehr Demokratie alle Bereiche der isch organisiert st, den die Groß-

der Bürger und Medien demokra- mfassender und

ür unfähig und – desinteressiert. höheren Grad an is Allgemeinwohl en grundsätzlich

gen für politische Entscheidungen nur durch wohlinformierte Experten bereitgestellt werden könnten.<sup>31</sup>

Dewey hingegen bezweifelte Lippmanns Prämisse einer kategorialen Unterscheidung von Experten und »normalen« Bürgern – sowohl hinsichtlich ihrer politischen Kompetenz, als auch hinsichtlich ihrer Bereitschaft, das Allgemeinwohl über Eigeninteressen zu stellen. Für ihn war Lippmanns Idee von »verantwortlichen Experten«, die unabhängig und neutral dem Gemeinwohl verpflichtet seien, sich in »intelligence bureaux« organisierten und auf diese Weise politischen Entscheidungsträgern ein angemessenes und klares Bild der gesellschaftlichen Realität liefern, eine naive Fiktion.<sup>32</sup>

Damit sind die Positionen dieser Kontroverse umrissen.<sup>33</sup> Sie drehte sich um Fragen, die als grundlegend für die Möglichkeit von Demokratie angesehen wurden, nämlich Fragen der politischen Rationalität<sup>34</sup> der Bürger und ihrer Befähigung zur Gemeinwohlorientierung. Lippmann behandelte diese Fragen aus der Perspektive isolierter Individuen, Dewey näherte sich ihnen aus der Perspektive des Kollektivs einer Gemeinschaft. Lippmann führte in seinen Werken *Public Opinion* und *The Phantom Public* aus, dass sich die damit verbundenen Probleme lösen ließen, wenn politischen Entscheidungsträgern die Grundlagen ihrer Entscheidungen durch Experten und »Insider« bereitgestellt würden. Dewey war hingegen der Auffassung, dass sich die von Lippmann identifizierten Probleme nur lösen ließen, wenn alle Teile der Gesellschaft, einschließlich Wirtschaft und Medien, demokratisch organisiert seien.

## Zur »Rationalität« von Bürgern und politischen Funktionseleiten

Die Kontroverse zwischen Lippmann und Dewey bezieht sich – abgesehen von grundsätzlichen Unterschieden in politischen Zielen und Haltungen – wesentlich auch auf Aspekte, die sich empirisch untersuchen lassen: nämlich auf die Frage, ob Experten und »Insider« bei Entscheidungen über politische Fragen tatsächlich einen höheren Grad von »Rationalität« aufweisen als »normale« Bürger, und auf die Frage,

wie »irrational« oder unangemessen politische Urteile und Meinungen von Bürgern tatsächlich sind.

Eigentlich bedürfte die Frage einer besonderen »Rationalität« politischer Funktionsebenen keiner besonderen empirischen Untersuchungen, denn die Geschichte stellt im Übermaß Beispiele politischer Entscheidungen der Funktionsebenen bereit, die genau an einer solchen Rationalität zweifeln lassen. Vergleicht man für die jeweiligen historischen Beispiele die Entscheidungen der Politiker mit den durch Umfragen erfassten Meinungen in der Bevölkerung, so wird schnell offenkundig, dass die Bürger zumeist keineswegs den Grad politischer Dummheit aufweisen, der dem der politischen Funktionsebenen auch nur annähernd gleichkäme.<sup>35</sup>

Bestehen bleibt jedoch die grundsätzliche allgemeine Frage nach den Charakteristika des menschlichen Urteils- und Entscheidungsverhalten in komplexen Situationen. Hierzu wurde in den vergangenen Jahrzehnten eine kaum noch überschaubare Fülle empirischer Studien, auf psychologischer wie auf soziologischer Analyseebene, durchgeführt. Man untersuchte, insbesondere in der Kognitionsforschung und im Bereich der Verhaltensökonomik, unter anderem, in welcher Weise menschliches Urteils- und Entscheidungsverhalten mit unterschiedlichen Arten von Rationalitätskriterien konform geht. Die Ergebnisse dieser Studien führten zur Identifikation einer großen Zahl sogenannter kognitiver Verzerrungen (»cognitive biases«), die deutlich machen, dass die menschliche Rationalität gleichsam aus Designgründen unseres Geistes massiven Beschränkungen unterliegt und unser Urteils- und Entscheidungsverhalten seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist.

Diese Gesetzmäßigkeiten sind universelle Charakteristika der menschlichen Gattung. Es gibt folglich keinen Grund für die Annahme, dass Experten diese Beschränkungen der menschlichen Gattung transzendieren und den natürlichen kognitiven Gesetzmäßigkeiten nicht unterliegen. Hinzu kommt, dass diese Beschränkungen der menschlichen Rationalität auch durch Erfahrung und Training nur in sehr engen Grenzen kompensiert werden können, da die verantwortlichen Prozesse der internen Informationsverarbeitung unbewusst und automatisch erfolgen und weitgehend robust gegen intellektuelle Einsichten in ihre Funktionsweise sind.

Die spezifischen empirischen Befunde variieren stark mit der Auswahl des Gegenstandsbereichs, der genauen Fragestellung und der gewählten Methodologie, was aber angesichts der Komplexität des

Untersuchungs-  
einige allgemei-  
Lippmann-Dew  
Zunächst ist  
höheren politis-  
Realität hat.<sup>36</sup>

Zudem zeigte  
tiven Vorausset-  
suchungen der  
gend andere Be-  
petenz einzelne

In ihrer einfluss-  
Benjamin Page u  
der politischen I  
ihres Kollektivs  
besten verfügb-  
sein kann. Sie sc  
Meinung und da  
fügung gestellte  
in diesem Sinne  
basiert jedoch, v  
Voraussetzung,  
unverzerrter W

Es gibt eine  
»kollektive Int  
situationen un  
Gruppen in ihr  
petenz aufweis  
spezifischen Vo  
gleichberechtigt  
aufweisen.

Während die  
plexen modern  
Bürger als Ges  
Bewältigung po  
Heterogenität  
gleichberechtigt

ationalität« politi-  
 Untersuchungen,  
 itischer Entschei-  
 er solchen Ratio-  
 igen historischen  
 durch Umfragen  
 inell offenkundig,  
 scher Dummheit  
 ch nur annähernd

ie Frage nach den  
 eidungsverhalten  
 ngenen Jahrzehn-  
 Studien, auf psy-  
 urchgeführt. Man  
 g und im Bereich  
 eise menschliches  
 llichen Arten von  
 er Studien führten  
 iver Verzerrungen  
 nschliche Rationa-  
 assiven Beschrän-  
 ;sverhalten seinen

stika der menschli-  
 ume, dass Experten  
 endierten und den  
 gen. Hinzu kommt,  
 t auch durch Erfah-  
 rt werden können,  
 tionsverarbeitung  
 robust gegen intel-

stark mit der Aus-  
 stellung und der  
 Komplexität des

Lippmann-Dewey-Kontroverse von Interesse sind.

Zunächst ist noch einmal festzuhalten, dass Lippmanns These einer höheren politischen »Rationalität« von Experten kein Fundament in der Realität hat.<sup>36</sup>

Zudem zeigte sich, dass die im Kontext von Betrachtungen der kognitiven Voraussetzungen einer Demokratie relevanten empirischen Untersuchungen der politischen Kompetenz des Kollektivs der Bürger grundlegend andere Befunde liefern als die Untersuchung der politischen Kompetenz einzelner Individuen.

In ihrer einflussreichen Studie *The Rational Public*<sup>37</sup> zeigten die Politologen Benjamin Page und Robert Shapiro, dass auch bei individuellen Defiziten in der politischen Kompetenz der einzelnen Bürger die politische Kompetenz ihres Kollektivs in vernünftiger, kohärenter und stabiler Weise auf den besten verfügbaren Informationen basiert und in diesem Sinne rational sein kann. Sie schlossen aus ihren empirischen Befunden: »Die öffentliche Meinung und das Verhalten der Wähler sind bezogen auf die ihnen zur Verfügung gestellten Informationen verständlich und vertretbar – und somit in diesem Sinne »rational.«<sup>38</sup> Eine solche kollektive politische Kompetenz basiert jedoch, wie Page und Shapiro feststellten, auf der entscheidenden Voraussetzung, dass alle relevanten Informationen vollständig und in unverzerrter Weise zur Verfügung stehen.<sup>39</sup>

Es gibt eine Vielzahl jüngerer Studien – oft unter dem Stichwort »kollektive Intelligenz« –, die zeigen, dass in komplexen Problemsituationen und unter gewissen, sehr spezifischen Voraussetzungen Gruppen in ihrer Gesamtheit eine sehr viel höhere Problemlösekompetenz aufweisen können als ihre individuellen Mitglieder. Zu diesen spezifischen Voraussetzungen gehört, dass die eingebrachten Meinungen gleichberechtigt und unabhängig sind und eine möglichst große Vielfalt aufweisen.

Während die politische Kompetenz eines jeden Einzelnen in der komplexen modernen Gesellschaft natürlicherweise begrenzt ist, können die Bürger als Gesamtheit durchaus ein hohes Maß an Rationalität bei der Bewältigung politischer Probleme aufweisen. Durch eine Vielfalt und Heterogenität der in den öffentlichen Debattenraum unabhängig und gleichberechtigt eingebrachten Perspektiven und Argumente erhöht sich

nämlich tendenziell die Qualität von Entscheidungen. Es sind gerade Heterogenität und Pluralität der Meinungen, die eine solche politische Problemlösekompetenz ermöglichen. Die kollektive Rationalität der Bürger hängt davon ab, dass der öffentliche Debattenraum nicht durch ökonomische und politische Interessengruppen eingeschränkt oder verzerrt wird.<sup>40</sup>

Damit bestätigen empirische Befunde Deweys Position, dass die Bürgerschaft zur Mündigkeit befähigt ist, sofern die Medien ein unverfälschtes Bild der politischen Realität bereitstellen und der öffentliche Debattenraum frei und unbeschränkt ist. Somit verschiebt sich die Frage nach der Mündigkeit der Bürger hin zur Frage der Intaktheit des öffentlichen Debattenraumes.

Dieser wird jedoch bereits durch *strukturelle* Faktoren der ökonomisch-politischen Organisation der Massenmedien bei der Selektion und Filterung von Nachrichten massiv verzerrt. Denn Konzernmedien ebenso wie öffentlich-rechtliche Medien sind in einen ökonomischen und politischen Machtkontext eingebunden. »Jede Zeitung ist«, wie Walter Lippmann richtig bemerkte, »wenn sie den Leser erreicht, das Ergebnis einer ganzen Serie von Selektionen.« Edward Herman und Noam Chomsky haben die Art und Funktionsweise dieser Filter im Detail untersucht und formulierten auf dieser empirischen Basis ihr sogenanntes Propagandamodell.<sup>41</sup>

Diese Selektionen schränken den öffentlichen Debattenraum systematisch ein und führen bereits durch die Art der Auswahl von Fakten zu Verzerrungen. Solange jedoch die politischen und ökonomischen Interessen, die hierbei wirksam werden, ein hinreichendes Maß der Heterogenität aufweisen, lassen sich die gesellschaftlichen Effekte solcher Verzerrungen über andere Informationspfade in gewissen Grenzen ausgleichen. Doch je homogener die ökonomisch-politischen Interessen sind, die sich in den Selektionsfiltern niederschlagen, umso gravierender sind die Beschädigungen des öffentlichen Debattenraumes.

Historische Beispiele zeigen, dass Kriege oder zumindest die Erzeugung einer kriegsbegünstigenden öffentlichen Stimmung stets zu einer verstärkten ideologischen Homogenisierung unterschiedlicher ökonomischer und politischer Eliten führen und damit zu massiven Beschränkungen und Verzerrungen des öffentlichen Debattenraumes. Diese Prozesse werden zudem dadurch verschärft, dass »gegenwärtige

Eigentüme

Einnahmequ

Nachricht

S  
mächtige I

»Der Feind«, »

MEDIALE

Gesellschaften ir  
triellen Komplex

Um einen ins  
Entstehungsgesc  
bunden ist, han  
Public Informat  
genannt, in der  
hatte den Auftra  
USA in den Erste  
Volk war damals  
hatte die Präside  
dem Verspreche  
Neutralität zum  
geschränkte U-I  
Anlass genomme  
to end all wars«).  
Kriegsunterstütz  
den Anfängen ihr  
gandamaschineri

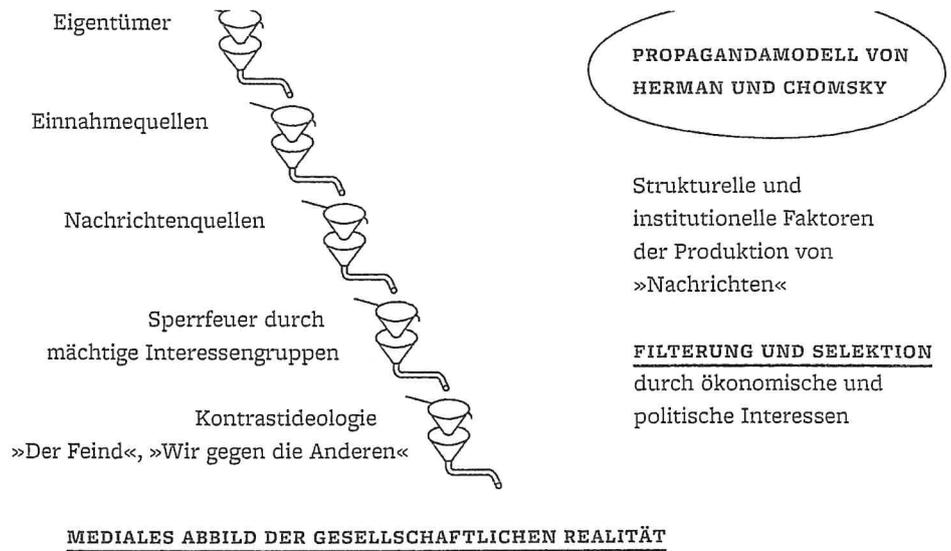
Rationalität der  
um nicht durch  
beschränkt oder

sition, dass die  
edien ein unver-  
l der öffentliche  
bt sich die Frage  
theit des öffent-

oren der ökonomi-  
ei der Selektion  
Konzernmedien  
ökonomischen  
eitung ist«, wie  
ser erreicht, das  
rd Herman und  
r Filter im Detail  
ihr sogenanntes

raum systema-  
on Fakten zu Ver-  
chen Interessen,  
r Heterogenität  
er Verzerrungen  
gleich. Doch je  
l, die sich in den  
nd die Beschädi-

ndest die Erzeu-  
imung stets zu  
terschiedlicher  
nit zu massiven  
ebattenraumes.  
s »gegenwärtige



Gesellschaften in aller Welt nur noch Anhängsel ihrer militärisch-industriellen Komplexe« bilden.<sup>42</sup>

Um einen instruktiven historischen Fall, der zudem eng mit der Entstehungsgeschichte von Techniken systematischer Propaganda verbunden ist, handelt es sich bei dem 1917 gegründeten Committee on Public Information, nach dem Vorsitzenden auch Creel-Kommission genannt, in der auch Edward Bernays Mitglied war. Diese Kommission hatte den Auftrag, die Zustimmung der Bevölkerung für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg ab 1917 zu gewinnen. Das amerikanische Volk war damals ausgesprochen kriegsunwillig, und Woodrow Wilson hatte die Präsidentschaftswahl 1916 mit einer »Friedensplattform« und dem Versprechen sozialdemokratischer Arbeitsgesetze sowie strikter Neutralität zum europäischen Krieg gewonnen. Nachdem der uneingeschränkte U-Boot-Krieg des Deutschen Reiches von den USA zum Anlass genommen worden war, 1917 in den Krieg einzutreten (»the war to end all wars«), sollte die Bevölkerung in möglichst kurzer Zeit für eine Kriegsunterstützung gewonnen werden. Das war für die damals erst in den Anfängen ihrer systematischen Entwicklung stehende mediale Propagandamaschinerie eine große Herausforderung. Ein zentraler Aspekt zur

WIE SICH DIE  
»VERWIRRTE HERDE«  
AUF KURS  
HALTEN LÄSST



»Fürs Vaterland«,  
Gerd Arntz, 1938

Lösung des Problems wurde durch den Politikwissenschaftler und Kommunikationstheoretiker Harold Lasswell so auf den Punkt gebracht: »Die psychologischen Widerstände gegen Krieg sind in modernen Nationen so groß, dass jeder Krieg als ein Verteidigungskrieg gegen einen bedrohlichen, mörderischen Aggressor erscheinen muss. Es darf keine Zweifel darüber geben, wen die Öffentlichkeit zu hassen hat.«<sup>43</sup>

Die von der Creel-Kommission entworfene und orchestrierte Kampagne erwies sich durch Einsatz von flächendeckender Propaganda und Falschnachrichten zur Erzeugung von Hass, extremem Nationalismus und Patriotismus sowie durch massive Produktion von Falschnachrichten als ausgesprochen effektiv. Zugleich versicherte die Kommission, dass ihre Aktivitäten keineswegs Propaganda seien, sondern »simple, straightforward presentation of facts«.<sup>44</sup>

Innerhalb kürzester Zeit ließ sich die zuvor kriegsunwillige Bevölkerung in begeisterte Kriegsunterstützer verwandeln und zeigte zudem eine große Bereitschaft, jede Art von Friedensaktivitäten zu diffamieren

und zu diskredi  
orchestrierten  
Medien sind off

## Die ideol ökonom im Neo]

In den vergange  
zu einer schleicl  
öffentlichen Def  
bracht wurde. Si  
massiven ideolo  
Eliten führte un



schaftler und Kom-  
nkt gebracht: »Die  
ernen Nationen so  
inen bedrohlichen,  
ne Zweifel darüber

orchestrierte Kam-  
r Propaganda und  
Nationalismus und  
schnachrichten als  
mission, dass ihre  
simple, straightfor-

unwillige Bevölke-  
und zeigte zudem  
ten zu diffamieren

und zu diskreditieren. Parallelen zum gegenwärtigen transatlantisch orchestrierten Aufbau eines Feindbildes Russland durch Politik und Medien sind offenkundig.

## Die ideologische Homogenisierung ökonomischer und politischer Eliten im Neoliberalismus

In den vergangenen Jahrzehnten kam es, wie vielfach aufgezeigt wurde, zu einer schleichenden, aber äußerst tiefgreifenden Einschränkung des öffentlichen Debattenraumes, die weitgehend durch die Medien hervorgerufen wurde. Sie war eine Folge der neoliberalen Ideologie, die zu einer massiven ideologischen Homogenisierung ökonomischer und politischer Eliten führte und damit einhergehend auch der Massenmedien.<sup>45</sup> Dies